



KALTLAND REPORT



Keine Einzelfälle

Studie zu sekundärer Viktimisierung verdeutlicht Notwendigkeit fachspezifischer Opferberatung

Zum Ende des Jahres wird die in Kooperation mit dem *Institut für Demokratie und Zivilcourage (IDZ)*, dem *Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG)* und ezra

durchgeführte Studie zu sekundärer Viktimisierung von Betroffenen rechter, rassistischer, antisemitischer und sexualisierter Gewalt mit dem Fokus auf Erfahrungen mit der Polizei und Justiz veröffentlicht.

»Geben Sie bitte an, wie sehr Sie den folgenden öffentlichen Einrichtungen vertrauen.«



Dies ist die größte empirische Studie, die zu diesem Phänomenbereich bislang durchgeführt wurde. Sie schließt an die Studie »Die haben uns nicht ernstgenommen« aus 2014 an. Im ersten Teil der neuen Studie wurden qualitative Interviews mit Betroffenen rechter Gewalt und Expert*innen aus Wissenschaft und Beratungsarbeit geführt – später konnten diese Ergebnisse durch umfassende Onlinebefragung von 175 Personen ergänzt werden.

Im Arbeitsalltag berichten Betroffene den Berater*innen von *ezra* häufig von negativen Erfahrungen und Fehlreaktionen der Polizei und Justiz. Diese sind z. B. unsensibles Verhalten, die Nicht-Anerkennung der Betroffenenperspektive bis hin zu Schuldzuweisungen. Häufig werden die Taten durch Verantwortliche (z. B. Strafverfolgungsbehörden), soziales Umfeld und Öffentlichkeit entpolitisiert. Solche Reaktionen können bei den Betroffenen das Gefühl der erneuten sog. *Opferwerdung* auslösen. Dies beschreibt der Begriff *sekundäre Viktimisierung*.

In der Auswertung der Ergebnisse zeigt sich, dass es trotz völlig unterschiedlicher Lebenswelten der Betroffenen und diversen Gewalterfahrungen mit verschiedenen Tatvorgängen und -motivationen, große Übereinstimmungen in Bezug auf erneute Viktimisierungserfahrungen mit Polizei und Justiz gibt. Dies bestätigt im Wesentlichen die Situation von Betroffenen, die die Opferberatungsstellen bundesweit schon seit Jahren thematisieren. Das zeigt auch: Die Erfahrungen Betroffener sind keine Einzelfälle.

»Seitdem ist wirklich überhaupt keine Chance mehr, in so einem Fall irgendwie darauf zu vertrauen, dass die Polizei da hilft. Weil die Polizei im Endeffekt für mich den Tag noch schlimmer gemacht hat.«

Insgesamt beschreiben Betroffene zunächst die unmittelbaren Folgen der z. T. sehr brutalen Taten mit z. B. Resignation, Rückzug und Vermeidungsverhalten im Alltag. Diese Erfahrungen gehen bei allen Interviewten mit einem starken Vertrauensverlust in staatliche Behörden einher. Das resultiert auch aus massiven Fehlreaktio-

nen von Polizei und Justiz.

Über die Hälfte der Befragten äußern, sich von der Polizei nicht ernstgenommen zu fühlen. Zudem entsteht bei Betroffenen der starke Eindruck, dass es den Beamt*innen nicht wichtig sei, ein politisches Tatmotiv aufzuklären. Zudem spüren einige, dass die Polizei sie nicht vorurteilsfrei behandelt und z. T. aufgrund zugeschriebener Merkmale abwertet.

»Du bist betroffen von einer Körperverletzung, die Polizei kommt dazu und durchsucht erstmal deine Sachen nach Drogen oder ist das Fahrrad geklaut oder keine Ahnung was. [...] Oder sind eigentlich deine Ausweispapiere okay, darfst du dich überhaupt hier aufhalten.«

Über die Hälfte der Befragten gibt an, von ermittelnden Beamt*innen eine Mitschuld zugeschrieben zu bekommen sowie sich durch Polizei »erneut geschädigt gefühlt« zu haben. Insgesamt problematisieren die Befragten Unzufriedenheit mit der polizeilichen Arbeit: Intransparenz, mangelndes Wissen zu rechter Gewalt und lange Verfahren.

Viktimisierungserfahrungen treten auch im Kontakt mit der Justiz auf. Bei den wenigsten Fällen werde Anklage erhoben. Etwa die Hälfte der Verfahren wird eingestellt, bei lediglich sechs Verfahren kommt es zu einer Verurteilung der Täter*innen durch ein Gericht. Auch hier wird eine fehlende

KALTLAND REPORT

Inhalt

- 1 THEMA**
Studie zu sekundärer
Viktimisierung.
Keine Einzelfälle
- 5 Herrenberg-Prozess**
- 7 CHRONIK**
- 9 PROZESS-
BEOBACHTUNG**
- 11 KOOPERATIONS-
PARTNER*INNEN**
- 12 BERATUNGSALLTAG**
- 13 RÜCK- UND
AUSBLICKE**
- 18 ELLY**
- 20 IMPRESSUM**

 [@ezra_online](https://twitter.com/@ezra_online)

 [/ezra_online](https://www.instagram.com/ezra_online)

 [/Opferberatung.ezra](https://www.facebook.com/Opferberatung.ezra)

 [@ezra-online.bsky.social](https://bsky.app/profile/@ezra-online.bsky.social)

»Beurteilen Sie bitte folgende Aussagen.«

Das Gericht hat ermöglicht, dass ich den Täter*innen (und ihren Unterstützer*innen) nicht unnötig begegnen musste (z.B. im Wartezimmer vor dem Prozess).

Die Richter*innen zeigten Sympathien für mich als Betroffene*n.

Die Richter*innen zeigten Sympathien für die Täter*innen.

Vor Gericht wurde ich behandelt, als sei ich der*die eigentliche Täter*in.



Sensibilität für rechte Gewalt kritisiert: Unter den Befragten gibt es keinen einzigen Fall, in dem menschenverachtende Motive strafscharfend zur Berücksichtigung kamen (siehe § 46 Abs. 2 StGB). Es besteht zudem der Eindruck, dass es Verantwortlichen oft nicht wichtig ist, ein politisches Tatmotiv aufzuklären.

»Also das fängt dann eben mit den Attesten an und hört im Gerichtssaal auf, wo sie, wo es dann rassistische Bilder gibt von aggressiven Männern of Colour, denen eine Tätereigenschaft dann eher zugesprochen wird.«

Abschließend werden Betroffene zu stärkenden und unterstützenden Faktoren befragt: Neben dem engeren sozialen Umfeld werden von allen Befragten psychosoziale Einrichtungen und Opferberatungsstellen als hilfreich empfunden. So werden v. a. die gegenteiligen Reaktionen als hilfreich wahrgenommen, die zuvor als schädigend erfahren wurden: aktives und aufmerksames Zuhören, Sensibilität und das Ernstnehmen der eigenen Erfahrungen und der Betroffenenperspektive. Auch der Zugang zu Informationen z. B. zum Ablauf von Strafverfahren und Hauptverhandlungen wird als hilfreich empfunden.

Betroffene beschreiben die Beratung als lösungsorientiert sowie ausgerichtet an persönlichen und individuellen Bedürfnissen sowie Wünschen. Deutlich wird auch: Opferberatungsstellen haben zu wenig zeitliche und finanzielle Ressourcen. Betroffene berichten bzgl. Negativerfahrungen z. B., dass Beratungsstellen aufgrund gestrichener Fördergelder schließen müssen, Wartezeiten z. T. sehr lange sind oder wenig Kapazitäten für engmaschige Kommunikation vorhanden ist.

Insgesamt zeigt die Studie die für Betroffene fatale Situation auf. Es braucht dringend strukturelle Änderungen, um eine Verbesserung zu erzielen: Dazu fordert *ezra* z. B. eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft im Bereich Hasskriminalität, die Gewährleistung von Opferrechten im Strafverfahren oder das bereits bestehende rechtliche Möglichkeiten konsequent genutzt werden. Um zudem die Unterstützung der Betroffenen auch langfristig zu gewährleisten, ist die Ausweitung und Verstärkung der Finanzierung der Opferberatungsstellen dringend notwendig. ◀

Sekundäre Viktimisierung

Herrenberg-Prozess:

Das lange Warten

Strafverfahren fokussieren sich auf Angeklagte:

Identifikation der Täter, Tatnachweis und -beteiligung, Tatmotivation, Strafzumessung unter Berücksichtigung sozialer Prognosen etc. Betroffene fühlen sich häufig wenig gesehen in Strafverfahren, ihrer Perspektive wird wenig Raum gegeben, manchmal kommt es zusätzlich zu Viktimisierungserfahrungen im Kontakt mit Polizei und Justiz. Als Opferberatungsstelle verweist *ezra* immer wieder auf diese Missstände und fordert bspw. die zur Verfügungsstellung von Zeug*inenschutzräumen in Gerichten sowie Dolmetschenden in allen Phasen des Strafverfahrens. Auch im sog. Herrenberg-Prozess kommt es zu sekundärer Viktimisierung. Anhand einiger Beispiele soll dies verdeutlicht werden:

Der Notruf:

Während des Angriffs verständigt ein Betroffener den Notruf in dem Wissen, dass seine Freunde schwerste Gewalt erfahren, einer bewegungslos am Boden liegt, der andere verschwun-

den ist. Er befürchtet das Schlimmste, ist selbst gerade auf der Flucht vor den Angreifenden. In der Hauptverhandlung wird der Notruf abgespielt. Die Aufnahme gibt die akute Verfolgungsjagd durch die Neonazis wieder. Offensichtlich wird der Betroffene von der Leitstelle nicht ernstgenommen. Erst als eine zweite Person am anderen Leitungsende eingreift, ist eine zielführende Verständigung möglich.

Erstkontakt mit der Polizei:

Vom Kontakt mit eingesetzten Beamten am Tatort berichtet ein Betroffener, dass er sich ungerecht behandelt fühlt. Er kann zur ersten Vernehmung niemanden hinzuziehen, ist allein und verängstigt. Ein Dolmetscher steht nicht zur Verfügung. Dies wird später Auswirkung auf die Befragung haben, die Verteidiger versuchen die Glaubwürdigkeit des Betroffenen zu erschüttern. Weiter beklagt der Betroffene, dass medizinische Behandlung vor Ort nicht erfolgt. In der Sorge um seine Freunde, macht er das alles mit. Zu diesem Zeitpunkt ist er im Glauben, dass

einer von ihnen nicht mehr am Leben ist.

In der Hauptverhandlung:

An zahlreichen Verhandlungstagen beziehen sich die Verteidiger der Neonazis immer wieder auf ein online geteiltes Video, welches vorgeblich Hinweise auf die Tatmotivation liefern soll. Als Beweismittel eingeführt, wird es trotz Aufforderung der Kammer nie, darüber gesprochen jedoch viel. Es reproduziert rassistische Zuschreibungen. Alle Betroffenen werden während ihrer Zeugenaussage damit konfrontiert. Im Video sollen zwei junge Schwarze Männer zu sehen sein, die in eine gewaltvolle Auseinandersetzung mit Security-Personal eines Supermarkts verwickelt sind. Es wird allgemein angenommen, dass ein Diebstahl vorausging. Laut Ansicht eines Angeklagten habe er einen der Betroffenen darin wiedererkannt und am Abend des Angriffs damit konfrontiert. Immer und immer wieder wird geklärt, dass dies nicht zutrifft (und darüber hinaus auch keine Rolle spielt). Dabei handelt es sich um eine klassische Täter-Opfer-Umkehr. Die Betroffenen sollen verantwortlich gemacht werden für den Angriff gegen sie. In diesem Fall sind Staatsanwaltschaft und Kammer überzeugt, dass dies nicht zutrifft.

Nicht zuletzt von einem empathischen Umgang mit Betroffenen ist auch deren Bewältigung der Angriffs-

folgen abhängig. Viele Betroffene wünschen sich Anerkennung vom staatlichen Gegenüber. Die Erwartungen an den deutschen Rechtsstaat sind in vielen Fällen hoch, werden jedoch oft enttäuscht. Der entstandene Vertrauensverlust hat nachwirkende Folgen, die gesellschaftlich wirken: keine Anzeigenerstattung, Angst vor Polizei, Desintegration etc.

Obwohl der Urteilsspruch um den brutalen rassistischen Angriff im Sommer 2020 am Erfurter Herrenberg bereits einige Monate zurückliegt, ist das Urteil selbst noch nicht rechtskräftig. Staatsanwaltschaft als auch Verurteilte legten Revision ein, sodass eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs notwendig ist. Vier der anfangs zehn Angeklagten wurden zu Haft- und Bewährungsstrafen verurteilt, drei freigesprochen. Obwohl das Tatmotiv durch die Kammer anerkannt und auch strafverschärfend berücksichtigt wurde, bleibt das Urteil hinter den Erwartungen von *ezra* zurück, die Signalwirkung an die Neonazis wurde verfehlt. Nun heißt es Abwarten – Geduld, die bereits bis zur Eröffnung der Hauptverhandlung strapaziert wurde.



CHRONIK VON ANGRIFFEN



Wie jedes Jahr veröffentlichte *ezra* im April 2023 die jährliche Statistik zu rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen und verzeichnet für 2022 den Höchststand seit Beginn des unabhängigen Monitorings: Die Gewalttaten steigen im Vergleich zum Vorjahr um rund 45 Prozent an, besonders häufig betroffen sind Kinder und Jugendliche. Rassismus bleibt das häufigste Tatmotiv – signifikant ist aber auch der Anstieg bei Angriffen auf Journalist*innen. Um ein realistisches Bild rechter Gewalt in Thüringen zu zeichnen, veröffentlicht *ezra* im laufenden Jahr Fälle in der Chronik. Aber: Nicht alle Fälle, die in der Chronik veröffentlicht werden, fließen in die Statistik ein, da oftmals noch eine Nachrecherche erfolgen muss. Zudem finden sich auch nicht veröffentlichte Fälle in der Statistik, die nicht zur Anzeige gebracht und auch nicht in der Chronik veröffentlicht wurden. Weitere Fälle findet ihr unter: www.ezra.de/chronik

Erfurt

Junger Mann nach rechten Beleidigungen angegriffen

21.4.2023

Ein junger Mann, erkennbar als Punk, sitzt nachts im Erfurter Hauptbahnhof. Kurze Zeit später kommen zwei Männer vorbei, die ihn zunächst als »Assi«, »Zecke« und »Scheiß Punk« beschimpfen. Als er versucht, Abstand zu gewinnen, kommen diese aggressiv auf ihn zu. Sie schlagen ihn gegen Nase und Kopf, treten ihn gegen das Bein. Die Polizei kommt kurz darauf und stoppt den Angriff. Der Betroffene wird verletzt, zieht sich unter anderem einen Nasenbeinbruch zu.

Gera

Junger Mann wird rassistisch beleidigt und angespuckt

22.4.2023

Am Nicolaiberg wird ein junger Mann rassistisch beleidigt und bespuckt.

Schmalkalden

Mülltonnen in Brand gesteckt – wiederholt rassistische Angriffe auf Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete

3.6.2023

In der Nacht von Freitag auf Samstag werden die, sich in unmittelbarer Nähe befindlichen, Mülltonnen der Gemeinschaftsunterkunft angezündet und verbrennen komplett. Die Bewohner*innen können das Feuer eingrenzen, sodass ein mögliches Übergreifen auf das Gebäude und nahestehende Bäume verhindert werden kann. Die Gemeinschaftsunterkunft und ihre Bewohner*innen sind in den Monaten davor und danach regelmäßig rassistisch motivierten Angriffen ausgesetzt.

Jena

Rassistisch beleidigt und angegriffen

6.6.2023

Ein Mann beleidigt eine 47-jährige, indem er ihr den Mittelfinger zeigt und in ihre Richtung spuckt. Nachdem die Frau beginnt, die Taten mit dem Telefon zu filmen, schlägt ihr der Mann das Telefon aus der Hand, beleidigt sie rassistisch und tritt ihr in den Bauch.

Weimar

Angriff auf Ukrainer*innen

11.6.2023

Zwei ukrainische Familien befinden sich auf dem Weg zum Gottesdienst. Als ein Mann aus einer der Familien aus dem Auto steigt, wird er von drei unbekanntem russisch-sprachigen Männern angegriffen. Die Polizei geht von einem politischen Motiv aus.

Apolda

Frau bespuckt und angegriffen – Täter zeigen Hitlergruß

6.7.2023

Eine Frau mit Kopftuch begegnet auf ihrem Nachhauseweg einer Gruppe. Als sie diese passiert, wird aus der Gruppe heraus der Hitlergruß gezeigt. Ein Mann und eine Frau schreien die Betroffene an und beleidigen sie rassistisch. Sie versucht, die Situation zu deeskalieren. Die Angreifer lassen nicht ab und nötigen die Betroffene, versuchen ihr ins Gesicht zu schlagen und bespucken sie.

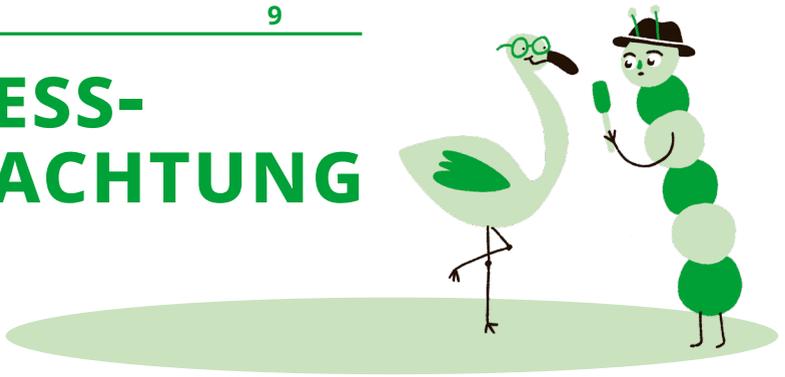
Mühlhausen

Antiziganistischer Angriff auf Paketboten

6.7.2023

Ein Paketzusteller wird von einem Mann antiziganistisch beleidigt und geschlagen.

PROZESS- BEOBACHTUNG



Die Kraft der Solidarität bei Gerichts- verhandlungen

Ein Angegriffener betritt den Gerichtssaal, er bleibt in der Mitte stehen. Vor ihm befinden sich der Richter und die Gerichtsangestellte. Auf seiner rechten Seite sitzt der Staatsanwalt, während er auf seiner linken Seite seinen Angreifer und dessen aggressiven Anwalt sieht. Während alle Augen im Raum auf ihn gerichtet sind, wird er gebeten, allein in der Mitte Platz zu nehmen und die Fragen des Richters und der Anwälte über den Tag des Angriffs zu beantworten.

Betroffene berichten, dass es bei Gerichtsverhandlungen einen großen Unterschied macht, ob solidarische Prozessbeobachter*innen anwesend sind, welche ihre Prinzipien und Werte teilen und ihnen das Gefühl geben, nicht allein zu sein. So berichtet eine Person von einer Gerichtssitzung, bei

der eine Vielzahl solidarischer Begleiter*innen anwesend war, und der davon ausgehenden enormen Wirkung der Solidarität auf sie: »Ich war nicht allein, ich wurde nicht als isolierte Person wahrgenommen«. Das Gefühl der Unterstützung ermöglichte es ihr, ohne Spannungen und mit vollem Vertrauen auszusagen.

In einem anderen Fall befand sich die betroffene Person allein im Gerichtssaal. Sie sah sich Fragen ausgesetzt, die sie als rassistisch empfand, die sie aber dennoch beantworten musste. An diesem Tag fühlte sie sich genauso allein wie am Tag des Angriffs. Es gab niemanden, der ihre Meinung teilte oder ihre Sichtweise unterstützte. Die Aussage an diesem Tag war eine langsame und schmerzhaft wiederholte Erfahrung des Angriffs. Dies wird als *sekundäre Viktimisierung* bezeichnet, bei der die Betroffenen erneut traumatisiert werden. ◀

#Knockout51- Prozess

Rechte Raumnahme im Gerichtssaal

Seit dem 21. August 2023 müssen sich vier Mitglieder der militanten, organisierten Neonazigruppe *Knockout-51* vor dem Oberlandesgericht (OLG) in Jena wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung, Landfriedensbruch und gefährlicher Körperverletzung verantworten. Verhandelt werden bis in den April 2024 eine Vielzahl brutaler Gewalttaten, die im Zeitraum von 2020 bis 2022 begangen wurden.

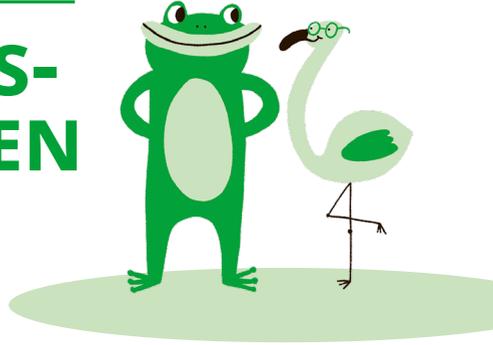
Insbesondere in Eisenach war die Gruppe aktiv: Kampfsporttraining, der Bau von Waffen und die Durchführung sog. Kiezstreifen, um in der Stadt einen Nazi-Kiez zu schaffen. Deren Auftreten als »Ordnungsmacht« bekamen dabei verschiedene Personen zu spüren: politische Gegner*innen, von Rassismus betroffene Menschen, vermeintliche Drogenkonsument*innen.

Wo zu Beginn noch Körperverletzungen das Ziel der bundesweit vernetzten Gruppe waren, ging es später auch konkret um den Mord an Personen, die nicht in deren Weltbild passen. In der Anklage, in der insgesamt 14 Vorfälle aufgelistet werden, wird deutlich, wie organisiert und brutal die neonazistischen Gewalttäter bei ihren Angriffen vorgehen.

Die Hegemonie, die damals mit Gewalt in der Wartburgstadt durchgesetzt und aufrechterhalten wurde, soll nun vor und im Gericht fortgesetzt werden. Bereits zu Prozessbeginn reisen mehrere Unterstützer*innen der Angeklagten an. Neben deren Familien auch bekannte Eisenacher und Dortmunder Neonazis, welche bereits vor Einlass kritische Prozessbeobachter*innen bedrängen, bedrohen und z.T. körperlich angehen. Diese treten auch hier fast unbehelligt in einschlägiger Nazi-Kleidung auf, müssen sich aufgrund strafrechtlicher Relevanz verfassungsfeindliche Tattoos abkleben.

Die Einschüchterungsversuche wirken auch auf Zeug*innen: Viele geben Erinnerungslücken vor, antworten oftmals nur vage. Was noch hinzukommt: Das Gericht erlaubt seit Prozessbeginn der kritischen Öffentlichkeit nicht, Stift und Zettel mit in den Zuschauer*innenraum zu nehmen. Dies bleibt der Presse vorbehalten. ◀

KOOPERATIONS- PARTNER*INNEN



Wir sind Menschen, keine Akten

Wir sind von Rassismus betroffene Menschen, Freund*innen und Aktivist*innen in Erfurt. Wir wollen gegen die ungerechte Praxis, den Rassismus und die Diskriminierung, die Willkür und Schikanen der Erfurter *Ausländerbehörde* aktiv werden. Diese ist für Menschen, die in Erfurt ankommen oder schon längst angekommen sind, die wichtigste Anlaufstelle. Egal ob Austauschstudierende, Migrant*innen, Geflüchtete oder migrierte Fachkräfte – die *Ausländerbehörde* ist für die Angelegenheiten, die sie betreffen, zuständig.

Daher fordern wir: Bezieht die Perspektive der Betroffenen in die Gestaltung der *Ausländerbehörde* Erfurt ein! In unserem offenen Brief haben wir konkrete Forderungen an die *Ausländerbehörde* gesammelt.

Um die Zustände in der *Ausländerbehörde* zu kritisieren und unseren Forderungen Aufmerksamkeit zu verschaffen, haben wir im September 2023 an 29 Tagen eine Mahnwache direkt vor der Behörde durchgeführt. Wir blicken dabei auf eine Zeit lehrreicher und stärkender Begegnungen sowie neuer Bekanntschaften zurück. Wir erlebten viel geteilte Frustration und Wut, doch dadurch auch Momente der Hoffnung – dies führte uns umso deutlicher die Notwendigkeit zur Veränderung vor Augen. Wir sind dankbar für so viel Vertrauen, das Menschen uns geschenkt haben und für die zahlreiche Unterstützung. Wir hören nicht auf und bleiben dran! ◀

BERATUNGS- ALLTAG



Rassismus – Wenn der Alltag die Herausforderung ist

Wir treffen eine junge alleinerziehende Schwarze Frau mit ihrem Sohn. Sie ist verunsichert und fühlt sich aufgrund eines anonymen Schreibens aus der Nachbarschaft bedroht. Darin wird ihr allerlei unterstellt, sie kann die enthaltenen Beschwerden nicht nachvollziehen. Enthalten sind außerdem rassistische Zuschreibungen. Sie solle auf ihr Kind aufpassen, sonst gäbe es Konsequenzen. Seit längerer Zeit bewegt sich die junge Frau nur auf Zehenspitzen durch ihre Wohnung. Sie hört keine laute Musik, sie empfängt nie Besuch, sie hält ihrem Kleinkind den Mund zu, wenn es lauter wird oder weint. Das Kind versteht das nicht: Warum ist Mama böse auf mich?

Wie bewältigen Menschen den widerfahrenen Rassismus? In der Beratung wird diese Erfahrung als all-

tägliche Normalität geteilt, von rassistischen Angriffen ist dann noch nicht einmal die Rede gewesen. Die fröhlichen Gesichter entpuppen sich bald als Maske. Dahinter verbergen sich Ärger, Ohnmacht, Wut und vor allem Angst. Häufig ist Rassismus ein zentraler Punkt bei der Entscheidungsfindung: Kann ich im Dunkeln allein nach Hause laufen? Können meine Kinder zum Spielen mit anderen rausgehen? Nutze ich die Straßenbahn, den Bus, den Zug oder ist dies zu gefährlich? Wird der Busfahrer überhaupt halten oder die Türen schließen und absichtlich ohne mich abfahren? Soll ich eine Strafanzeige stellen, damit vielleicht in zwei Jahren ein Prozess stattfindet oder die Anzeige sowieso eingestellt wird? Die Normalität der erwarteten Anfeindungen und Angriffe findet Eingang in Selbstbild und Lebensgestaltung. Nein, du bist kein schlechter Mensch – deine Umwelt ist feindlich, du reagierst normal und wir schauen jetzt gemeinsam, was getan werden und geschehen muss, damit du dich sicherer fühlst. ◀

RÜCK- UND AUSBLICKE



ProAsyl-Menschenrechtspreis an Sultana Sediqi, Ibrahim Arslan und VBRG

Am 2. September 2023 verleiht die Stiftung *Pro Asyl e.V.* in Frankfurt a. M. den diesjährigen Menschenrechtspreis an unseren Dachverband *VBRG* (entgegengenommen von Heike Kleffner), Ibrahim Arslan, Aktivist und Überlebender des rassistischen Brandanschlags von Mölln 1992 sowie die Aktivistin Sultana Sediqi (*Jugendliche ohne Grenzen*) aus Erfurt. In ihrer sehr persönlichen und eindrücklichen Rede beschreibt Sultana die alltäglichen rassistischen

Zustände, die sich durch Wahlerfolge und aktuelle Umfrageergebnisse der *AfD* sowie die geplanten Asylrechtsverschärfungen weiter zuspitzen. Sie betont zudem die Selbstorganisation der vielen Betroffenen von Rassismus und Antisemitismus, für die sie den Preis stellvertretend entgegennimmt. Auch Ibrahim Arslan setzt sich seit vielen Jahren für das Empowerment von Betroffenen ein und ist als Bildungsreferent in Schulen aktiv. Er betont: Betroffene und Überlebende sind keine Statist*innen, sondern die Hauptzeug*innen des Geschehenen!

Heike Kleffner erinnert an die zahlreichen Todesopfer rechter Gewalt und rechtsterroristischer Anschläge wie in Halle und Hanau sowie die Ermordung Walter Lübckes. Sie kritisiert zudem eine anhaltende Straflosigkeit für rechtsmotivierte Täter*innen und fordert – gemeinsam mit *Pro Asyl* – ein humanitäres Bleiberecht für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Wir gratulieren allen Preisträger*innen und danken für eure unglaublich wichtige Arbeit.



Danke, weiter so!

25 Jahre IBS Thüringen

Das *Institut für Berufsbildung & Sozialmanagement* lädt zur Jubiläumsfeier. Im Fokus stehen Erfahrungen von Menschen, die nach Thüringen gekommen sind und angesichts des Rassismus entscheiden: bleiben oder gehen? Das Ankommen als afghanische Frau ist doppelt schwer – »Ihr dürft das nicht«, ist die Antwort auf die Frage nach einem Deutschkurs in der Aufnahmeeinrichtung. Sie kämpft, sie bleibt und ist Vorbild für viele! Der Vater einer syrischen Familie leidet mit seinen Kindern, die eine »rassistische Hölle« in der Schule erleben. Er kämpft, doch die Familie wird Thüringen verlassen. *ezra* arbeitet seit vielen Jahren mit Sprach- und Integrationsmittler*innen. Sie öffnen Türen und Herzen, wenn Vertrauen fehlt. Danke!



Rechte in der »Mitte«?

Fachtagung am 18.10.2023

Am 18. Oktober 2023 findet die Fachtagung »Rechte in der »Mitte«?- Radikalisierter Konservatismus« statt, die gemeinsam von *MOBIT*, *KomRex*, *IDZ*, *Landeszentrale für politische Bildung* und *ezra* organisiert wird. Natascha Strobl zeigt auf, dass sich der radikalisierte Konservatismus u. a. durch wiederholte, bewusste Regelbrüche sowie die Erzeugung eines permanenten Erregungszustands (z. B. durch rassistische Statements) im politischen Diskurs auszeichnet. *KomRex* und *IDZ* blicken gemeinsam auf die Situation in Thüringen. Hier mischen sich auf extrem rechten Demonstrationen bürgerliches und extrem rechtes Milieu. Diese Milieus verbindet, wie Katharina Warda und Veronika Kracher herausarbeiten, ein gemeinsames politisches Feindbild: Menschen, die sich für Klimagerechtigkeit, Feminismus und Antirassismus engagieren.





Wir lassen uns nicht unterkriegen

Lesung am 25.10.2023



Am 25. Oktober 2023 lesen die Autoren Monty Ott und Ruben Gerczikow im Haus der Weimarer Republik aus ihrem Buch »Wir lassen uns nicht unterkriegen – Junge jüdische Politik in Deutschland«. Mitveranstalter*innen sind *RIAS Thüringen* und die *Landeszentrale für politische Bildung*.

Die Autoren machen die Perspektive einer selbstbewussten, jüdischen Generation stark, die im Widerspruch zu einer deutschen Erinnerungskultur steht, in der Jüdinnen*Juden auf passive Opfer reduziert werden. Sie verdeutlichen die Komplexität von Antisemitismus und zeigen Selbstermächtigungsstrategien von Jüdinnen*Juden auf. In Hinblick auf den Großangriff der Terrororganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 betonen sie die Notwendigkeit eindeutiger und praktischer Solidarität mit

Israel, um den Schutzstaat für Jüdinnen*Juden zu erhalten. Wir bedanken uns, dass sie sich – trotz der aktuellen Lage – die Zeit genommen und ihre Perspektiven mit uns geteilt haben.



Thüringer Zustände

Präsentation am 27.06.2023



Am 27. Juni 2023 präsentieren *KomRex*, *IDZ*, *Mobit* und *ezra* die *Thüringer Zustände* für das Jahr 2022. Geprägt sind diese u. a. durch einen Höchststand rechter und rassistischer Gewalt sowie antidemokratische Protestmobilisierungen, die Verschwörungsdenken, Rassismus und Antisemitismus verbinden. Unsere Gäst*innen stellen Auswirkungen auf u. a. Rassismusbetroffene und politische Gegner*innen dar.

ZWEITAUSEND- VIERUNDZWANZIG

Ein Appell

Im April dieses Jahres stellten wir unsere Statistik für 2022 mit einem Höchststand bei rechter und rassistischer Gewalt in Thüringen vor. Wir appellierten, wie viele andere, an die Verantwortlichen, Maßnahmen zu ergreifen und warnten vor einer weiteren Eskalation. Am Ende des Jahres müssen wir feststellen: Passiert ist nichts. Stattdessen hat sich der gesellschaftliche Rechtsruck weiter fortgesetzt und sich somit die Bedrohungslage für die Betroffenen von insbesondere Antisemitismus, Rassismus und Queer- sowie Linkenfeindlichkeit akut verschärft.

Feindbild Links

Es ist zu einfach, dass alles auf die extrem rechte *AfD* abzuwälzen. Vielmehr gibt es Brückenideologien, die die extreme Rechte mit Konservatismus und liberalem Autoritarismus eint. Das zeigt sich aktuell auch an der zunehmenden Markierung von Antifaschist*innen, Klimaaktivist*innen und queeren Menschen als Feindbild: Geschlechtergerechte Sprache und Demokratieförderung gelten als »linke Ideologieprojekte«, ziviler Ungehorsam gegen die Klimapolitik wird mit »Terrorismus« gleichgesetzt

und Antifaschismus wird wie am 1. Mai in Gera kriminalisiert. Im letzten Jahr hat Gewalt gegen jene zugenommen, denen zugeschrieben wird, links zu sein. In diesem Zusammenhang muss auch die bundesweite Angriffsserie auf Politiker*innen, Info-Stände und Parteibüros von *Bündnis 90/Die Grünen* verstanden werden.

Rassistische Debatten und Asylrechtsverschärfungen

Hinzu kommt, dass es kaum noch gesellschaftliche Akteur*innen gibt, die nicht der Strategie einer permanenten Skandalisierung im Sinne von rechten, rassistischen und antisemitischen Ideologien folgen. Insbesondere die rassistische Debatte um Migration und die damit einhergehenden Asylrechtsverschärfungen haben die ohnehin schon rassistische Alltagswelt für viele Geflüchtete noch einmal massiv verschlechtert. Wir erleben in unserer Beratungsarbeit die fatalen Konsequenzen, dass diese Menschen permanent mit Angriffen auf sich, ihre Liebsten und ihre Wohnungen sowie mit alltäglichen rassistischen Diskriminierungen durch Gesellschaft und Behörden konfrontiert sind. Die Perspektive der Betroffenen kommt im öffentlichen Diskurs kaum vor und die Angst vor Repression durch organisierte Rassist*innen und Behörden verstärkt die Marginalisierung. Rassismus ist seit Jahren das häufigste Tatmotiv für

Angriffe auf Menschen in Thüringen, im letzten Jahr waren mind. 85 Kinder und Jugendliche davon betroffen.

Eliminatorischer Antisemitismus

Der grausame islamistische Terrorangriff durch die Hamas auf die israelische Gesellschaft am 7. Oktober 2023 hat den jahrhundertalten Vernichtungswillen gegenüber Jüdinnen* Juden erneut zum Ausdruck gebracht. Als schlimmstes Massaker an Jüdinnen*Juden seit der Shoah und zwei Tage vor dem Jahrestag des antisemitischen, rassistischen und rechtsterroristischen Anschlags in Halle und Wiedersdorf am 9. Oktober 2019. Nicht nur, dass israelische und jüdische Communities in Deutschland um ihre Angehörigen und Freund*innen bangen und trauern müssen: Gleichzeitig sind sie weltweit mit einer Eskalation von antisemitischer Hetze, Bedrohungen und Gewalt konfrontiert, weshalb es auch in Deutschland für sie zu starken Einschränkungen im Alltag kommt. Das Pogrom hat zudem für viele eine sekundäre Traumatisierung und/oder Retraumatisierung zur Folge, die an eine gemeinsame Erfahrung von Verfolgung, Vernichtung und Überleben anknüpfen.

Von den Betroffenen lernen: Solidarisch sein!

Doch Betroffene sind viel mehr als das in der Öffentlichkeit häufig reprodu-

zierte Bild von passiven Opfern. Sie organisieren sich selbst und unterstützen sich in ihren Communities. Sie verschaffen sich Momente von Selbstwirksamkeit und bleiben handlungsfähig. Sie arbeiten in Community-übergreifenden Strukturen mit, sie erinnern und kämpfen gemeinsam. Diese sehr konkrete solidarische Praxis baut auf das Wissen, dass man sich auf Staat und Dominanzgesellschaft nicht verlassen kann. Davon können all diejenigen lernen, die nicht betroffen sind. Solidarität ist Arbeit, die vor allem die Betroffenen leisten und die es in diesen Zeiten und mit Blick auf 2024 dringend braucht.

AfD-Verbot jetzt!

Auch wenn mit einem AfD-Verbot die systemimmanenten rechten, rassistischen und antisemitischen Zustände nicht verschwinden werden, ist es die einzige realistische Forderung, die verhindern kann, dass die organisierte extreme Rechte an die Macht kommt. Die seit Monaten zunehmend hohen Zustimmungswerte u. a. in Thüringen und die fehlende Brandmauer im Thüringer Landtag haben das unverkennbar deutlich gemacht. Es geht jetzt darum, den Schutz von marginalisierten Gruppen ins Zentrum zu rücken. Denn allen sollte klar sein: Der Faschismus wird seine mörderischen Vernichtungsfantasien umsetzen, wenn er kann. Das darf nie wieder passieren! ◀

elly

against hatespeech



Wie gewonnen, so zerronnen

**elly Hatespeech Beratung
droht Finanzierungslücke**

elly wird gebraucht! Dies zeigen Meldungen von Hatespeech im dreistelligen Bereich, die seit Mitte Juni 2023 bei uns eingingen. Und mit den anstehenden Wahlen in Thüringen erwarten wir eine Zunahme an Beratungsfällen. Denn gerade im Wahlkampf ist mit hasserfüllten Nachrichten zu rechnen. Davon sind auch Politikschaffende betroffen. Dennoch teilt *elly* das Los vieler öffentlich geförderter Projekte: Die Finanzierung über den Jahreswechsel ist mit Stand zum Redaktionsschluss immer noch nicht gesichert.

Dass sich der Thüringer Landtag scheinbar nicht auf einen Haushalt einigen kann, heißt für *elly* konkret: Für die haushaltsfreie Zeit muss eine Lösung her. Ohne eine Übergangsregelung droht der Beratungsstelle die vorübergehende Schließung ab Januar 2024. Demzufolge mussten wir

unsere Räume kündigen und wir Beraterinnen uns arbeitssuchend melden. Beratungsnehmende können dann zunächst nicht weiter unterstützt werden. Und überhaupt können Termine nicht geplant werden.

Solche Fragen sind ein echter Zeit- und Kraftfresser. Die Energie, die wir in die Sicherung unserer Finanzierung stecken, würden wir lieber in Beratungen stecken. Oder Öffentlichkeitsarbeit. Oder Fortbildungen. Oder Netzwerkarbeit. Daher muss eine sichere Finanzierung her!

Und jetzt?

**Wie eine Beratung für Betroffene
von Hatespeech abläuft**

Was passiert, wenn ich mich melde? Sich an eine Beratungsstelle zu wenden, kann eine große Überwindung sein. Deshalb stellen wir euch hier einen typischen Ablauf einer Beratung vor.

Wer von Hatespeech betroffen ist (sei es ein einzelner Kommentar auf *Facebook*, eine Drohmail oder

auch ein ausgewachsener Shitstorm), kann uns auf unterschiedliche Weise kontaktieren: ein Anruf, eine Mail an info@elly-beratung.de oder eine Nachricht über das Kontaktformular unserer Website. Das Kontaktformular ist sogar verschlüsselt und datensicher. Darüber können auch Screenshots mitgeschickt werden. Wenn du anonym bleiben willst, kannst du dir auch einfach einen Namen ausdenken. Eine weitere Möglichkeit, uns zu kontaktieren, ist über unsere Social Media Kanäle (*Facebook, Instagram, TikTok* und *X*).

Nach einer ersten Nachricht melden wir uns auf dem von dir gewählten Kommunikationsweg zurück. Falls du »nur« eine kleine Frage hast, können wir sie vielleicht schon in einer ersten Antwort klären. In der Regel vereinbaren wir aber einen Termin für ein Erstgespräch. Das kann bei uns im Büro, an einem Ort in deiner Nähe oder online per Video stattfinden. Sollte deine Erstsprache nicht Deutsch sein, organisieren wir für die Beratung gerne Sprachmittlung.

Beim Erstgespräch kannst du uns dann in aller Ruhe erzählen, was passiert ist. Das Erstgespräch ist ein vertraulicher Rahmen. Wir unterliegen der Schweigepflicht. Wir schauen dann gemeinsam, was du brauchst, um mit der Hatespeech umzugehen. Ist die Situation gerade psychisch sehr belastend? Dann schauen wir, was dich

stärken könnte. Möchtest du die Hassnachrichten anzeigen? Wir unterstützen dich dabei und begleiten dich auf Wunsch auch zur Polizei. Ist vielleicht anwaltliche Hilfe nötig? Wir können dich zu vertrauensvollen Anwält*innen vermitteln. Weißt du nicht genau, wie du rechtssichere Screenshots der Hassnachrichten aufnehmen kannst? Auch dabei können wir dir helfen. Egal, was du brauchst und wie du dich entscheidest: Alles ist okay und wir respektieren deine Entscheidung. Beim Erstgespräch finden wir idealerweise gemeinsam heraus, wie wir dich unterstützen können. In der Zeit danach gehen wir dann gemeinsam an, wofür du dich entschieden hast. In jedem Fall ist die Beratung für dich kostenlos. So wollen wir erreichen, dass niemand mit Hatespeech allein bleiben muss. Wenn du selbst betroffen bist, melde dich gerne. Wenn du andere Betroffene kennst, weise sie gerne auf unser Angebot hin und zeige ihnen, dass sie nicht allein sind. ◀

www.elly-beratung.de

 [@elly_Beratung](https://twitter.com/elly_Beratung)

 [/elly_against_hatespeech/](https://www.instagram.com/elly_against_hatespeech/)

 [elly_against_hatespeech](https://www.facebook.com/elly_against_hatespeech)

 [@elly_against_hatespeech](https://www.tiktok.com/@elly_against_hatespeech)

 [@elly-beratung.bsky.social](https://bsky.app/profile/elly-beratung.bsky.social)

IMPRESSUM



Beratung für Betroffene rechter, rassistischer
und antisemitischer Gewalt in Thüringen

Juri-Gagarin-Ring 96/98
99084 Erfurt

Tel 0361. 21 86 51 33

Fax 0361. 21 86 30 13

Email info@ezra.de

www.ezra.de

Gestaltung Franziska Stübgen

Illustrationen Slinga

V.i.S.d.P. Franz Zobel

ezra ist ein Projekt in Trägerschaft der
Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland.



EVANGELISCHE KIRCHE
IN MITTELDEUTSCHLAND

ezra wird im Rahmen des Thüringer Landes-
programms für Demokratie, Toleranz und
Weltoffenheit *DenkBunt* und des Bundes-
programms *Demokratie leben!* gefördert.



Thüringer Landesprogramm
für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit



Demokratie *leben!*

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des
TMBJS oder des BMFSFJ dar. Für inhaltliche Aussagen tragen
die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Dank

Auch in den vergangenen Monaten haben viele
Menschen in den Opferhilfsfonds der *EKM* für
Betroffene von rechter, rassistischer und anti-
semitischer Gewalt in Thüringen gespendet
und so bei der materiellen und finanziellen Auf-
arbeitung der Gewalterfahrungen unterstützt.
Dafür möchten wir Ihnen und Euch danken!

Leider mussten wir auch erleben, dass konti-
nuierliche Begleitung und Vertretung durch
eigene Rechtsanwält*innen in Strafprozessen
nicht ohne die Garantie einer Kostenüber-
nahme gesichert werden kann. Daher möch-
ten wir weiterhin dazu motivieren, für diesen
Fonds zu spenden, eine gesellschaftliche Ver-
antwortung zu übernehmen und dazu beizu-
tragen, Betroffene im Sinne einer praktischen
Solidarität bestmöglich zu unterstützen. So ist
eine Spende an den Opferhilfsfonds eine kon-
krete Solidarität in Zeiten, in denen Antisemitis-
mus und Rassismus eskalieren und eine extrem
rechte Machtergreifung droht.

Spendenkonto

Ev. Kirche Mitteldeutschland

IBAN DE26 5206 0410 0008 0000 00

Bank Evangelische Bank

BIC GENO DEF 1EK1

Kennwort Opferhilfsfonds

Spenden sind steuerlich abzugsfähig. Bei Beträ-
gen bis zu 300 € gilt der Einzahlungsbeleg als
Spendenquittung. Bei höheren Spendenbeträ-
gen senden wir auf Wunsch gern eine Spen-
denbescheinigung zu. Nehmen Sie hierzu bitte
Kontakt mit unserer Geschäftsstelle auf.